

EIN HETEROGENES FELD

FÖDERALE PERSPEKTIVEN FÜR OST-MITTELEUROPA ALS ANTWORT AUF SEINE MINDERHEITENPROBLEME

Kürzlich hat ein französischer Politiker in seiner Rede über die Minderheitenprobleme Ostmitteleuropas stolz festgestellt: im Westen sei dieses Problem seit langer Zeit gelöst, das sei eine Angelegenheit des Ostens. Es ist ihm gelungen, Nordirland, die Basken, Korsika, Südtirol etc. vollständig zu vergessen. In Westeuropa haben die großen Nationalstaaten seit dem Spätmittelalter ihre Minderheiten ziemlich brutal "assimiliert". Ostmitteleuropas "Wunden" sind gleichzeitig Beweise, daß man hier die nationalen Minderheiten nicht ausgelöscht hat. Es ist bemerkenswert, daß auf dieser Hälfte des Kontinents einige Nationalstaaten mit ihren heutigen Grenzen Produkte dieses Jahrhunderts sind.

Einen föderalen Modellversuch gab es in dieser Hälfte Europas zweimal: das erste Mal Ende des 16., Anfang des 17. Jahrhunderts in Siebenbürgen, als der ungarische Fürst zuerst die religiöse, dann die nationale Toleranz (vier "Nationen": Ungarn, Szekler, Sachsen und Rumänen) verkündete. Dieser Versuch wurde aber nach der Vertreibung der Türken durch die österreichische Rekatholisierung wieder weggefegt. Das zweite föderale Modell war die Monarchie. Aber durch eigene Schwäche war Österreich gezwungen, das Gleichgewicht stets durch das Ausspielen der Minderheiten gegen Ungarn zu sichern (wie 1848/49 während der bürgerlichen Revolution). So konnte hier keine föderale Solidarität entstehen.

Nach dem Ersten Weltkrieg hätte es eine große Chance gegeben, die Grenzen der Nationen gerecht neu zu bestimmen, um danach ein souveränes, föderales Modell (dessen Idee seit 1849 lebendig war) aufzubauen. Aber in den Pariser Friedensverträgen haben die Siegermächte in ihrem Bestrafungs- und Allmächtigkeitswahn mit "afrikanischen" Grenzen" in Ostmitteleuropa einen Unruheherd für Jahrhunderte geschaffen. Diesem ungerechten Diktat haben wir den Zweiten Weltkrieg und die Folgeerscheinungen (z.B. Jugoslawien) bis heute zu verdanken. Das zerstörerische Erbe des letzten pseudoföderalen Modells, des Kommunismus in Osteuropa, macht es politisch und kulturell unmöglich, hier über Föderalismus zu sprechen. Die intolerante, byzantinisch-orthodoxe Tradition auf dem Balkan und im transkarpatischen Rumänien, die Sowjettraditionen in der Ukraine und Weißrußland schließen ein enges Bündnis noch für Jahrzehnte aus. Wo der Versuch hinführt, gegen gewachsene Traditionen mit Vereinigungsmodellen vorzugehen, sieht man an den Beispielen Jugoslawien, Tschechoslowakei und Sowjetunion. Die wirtschaftlichen Entwicklungsunterschiede in Ost- und Ostmitteleuropa suggerieren das gleiche Ergebnis. Die späte Entwicklung der jüngeren Nationen - d.h. jede Nation muß die notwendige Entwicklung durchlaufen - schließen ein föderales Modell übernationaler Zusammenarbeit in Ostmitteleuropa zur Zeit aus.

Diese Hypothek lastet auch auf jüngeren Ansätzen regionaler Kooperation, wobei Region hier nicht als subnationale Ebene, sondern als übernationaler Raum verstanden wird. In Ostmitteleuropa sind mindestens drei wirtschaftlich zusammengehörende Regionen zu unterscheiden. Das liegt so sehr auf der Hand, daß die ersten Gründungsversuche schon in den 80er Jahren gestartet wurden. Die erste Region ist die Pentagonale: Norditalien, Slowenien, Österreich, Kroatien, Ungarn. Dieses Gefüge existierte bereits im 14. - 15. Jahrhundert, also schon unter der ungarischen Krone. Als es aber in der Zeit des Sozialismus wiederbelebt wurde und sich aus puren Prestige Gründen zu viele nicht der Region zugehörenden Nationen anschließen wollten, starb die Pentagonale langsam ab. Eine zweite Wiederbelebung erfolgt gewiß bald.

Die zweite Region ist das Karpaten-Theiß-Gebiet: Südostpolen, West-Ukraine, Ost-Slowakei, Siebenbürgen und Ost-Ungarn. Historisch gab es hier auch ein Vorbild: das siebenbürgische Fürstentum im 16.-17. Jahrhundert. Diese Initiative wurde auch vor Jahren gestartet, angekurbelt von polnischer, ukrainischer und ungarischer Seite - aber die rumänische und slowakische Politik stellte dem Vorhaben aus Eifersucht die Beine. So schlummert diese vielversprechende Initiative tatenlos vor sich hin. Die dritte Region ist Nordosteuropa mit Südostskandinavien, Nordpolen, Nordostdeutschland, Lettland, Litauen und Estland. Diese Länder bauen still und konsequent ihren Weg aus.

Eine neue, bessere Vision wird durch die von der Europäischen Union (EU) unverantwortlich oft versprochene, dann immer wieder verschobene Aussicht auf Beitritt vorgestellt. Für diese Variante ist jedoch die eine Hälfte der Nationen der Region kaum, die andere Hälfte nur halbwegs schon reif. Die

einschlägigen Beitrittsbedingungen, hohes technisches Entwicklungsniveau, allgemeines Mindestmaß an Wohlstand und lange, bürgerliche Entwicklung, sind von Land zu Land in sehr unterschiedlichem Maß vorhanden. Das verantwortungslose Spiel der EU mit Beitrittsversprechungen verstärkt zudem noch die Gegensätze der rivalisierenden Staaten.

Das Wesen des EU-Föderalismus ist einigen Ländern fremd, doch ahnt oder befürchtet man, daß vielleicht eine Art neue Kolonisierung droht, jedenfalls aber Zweitrangigkeit im europäischen Gefüge. Die nationalistisch-linken Politiker an der Spitze mutmaßen hingegen, die hohen bürgerlichen Maßstäbe und die Demokratie des Marktes könnten das Ende ihrer Macht bedeuten. Die besser entwickelte Hälfte könnte natürlich der EU bald beitreten, für die Union neugewonnene Märkte, billige Investitionsmöglichkeiten, billige Arbeitskraft erschließen und keine wesentlichen Gefahren heraufbeschwören. Dieser Akt würde zwar etwas kosten, er könnte aber Europas Grenzen nach Osten verschieben. Durch den Anstieg des Lebensstandards, durch die stimulierende Wirkung durchlässiger Grenzen könnte er überdies die Überzeugung stärken, daß es sich lohnt, diesen zivilisierten Weg der Entwicklung zu wählen. Dieser Faktor wäre wichtig, da das Abrutschen der Randregionen das ganze Europa gefährden könnte.

Es gibt indessen schwerwiegende Hindernisse: Zuerst die Kapitalschwäche. Bitte bedenken wir, daß das mit westlichen Investitionen weitaus am stärksten bestückte Ungarn jährlich durchschnittlich 1,6 Milliarden US-Dollar funktionierenden Kapitalzugang hat. Wenn man diese Summe mit dem Zustrom des Kapitals nach Ost-Deutschland - 120 Mrd. DM pro Jahr - vergleicht und überlegt, daß selbst diese gewaltige Summe nicht alles verändert hat, sieht man, daß "im Osten" selbst die guten Vorhaben oft scheitern müssen.

Das andere Problem ist die fehlende Infrastruktur. In den vier, fünf Jahrzehnten des Sozialismus gab es nur monomanische Entwicklungsprojekte, denn die weltfremde Elite der Ideologie kannte keine ausgeglichenen, rationalen Entwicklungsprojekte. Nach dem Zusammenbruch des Systems standen die betroffenen Länder in vieler Hinsicht schlimmer da als nach dem Zweiten Weltkrieg. Selbst also, wenn klare, weitsichtige Vorhaben gegeben wären, könnte man sie schwer durchführen.

Wenn also Formen föderaler Zusammenarbeit in Ostmitteleuropa wenig Chancen haben (aus historischen Gründen: Balkantradition, byzantinische Geschichte, neuere Nationen, Sowjeterbe, Nationalismus und Kollektivismus; der wirtschaftlichen Gegebenheiten wegen und aus politischem Unverständnis), wenn zugleich die Erweiterung der EU noch im Unbestimmten liegt, so soll man dennoch nicht auf den Versuch verzichten, die Minderheitenprobleme in Ostmitteleuropa auch durch Modelle regionaler Kooperation zu lösen.

Doch noch einmal: Vor uns steht Ostmitteleuropa, unterschiedlich beladen mit Nationalismus, Minderheitenproblemen und technischer Rückständigkeit - scheinbar unfähig, dies alles zu lösen. Bei manchen Regierungen sieht man hartnäckigen Ethnizismus, Feuerwehrpolitik, Verfeindung, böse Rivalisierung und wenig Neigung zur Zusammenarbeit. Ihr Problem scheint die Machterhaltung zu sein, die Verdeckung der wirtschaftlichen Lage, es wirken alte, linke Reflexe - und die Bevölkerung ist äußerst ungeübt in der gemeinsamen, lauten Artikulierung ihrer Meinung, ihrer Forderungen. Es ist ein unheimlich heterogenes, fast chaotisches Feld.

Mit der Zeit ist es für uns alle klar geworden, daß nach der demokratischen Umwandlung, nach der wirtschaftlichen Umstrukturierung das schwierigste Problem die mentale Veränderung der Gesellschaft ist. Daher meine These: Nicht zuerst wegen der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, sondern überwiegend wegen der mentalen Mängel kam in Ostmitteleuropa bis heute keine übergreifende Antwort auf die Minderheitenfrage zustande.

Die folgenden grundlegenden Defizite weisen die Staaten der Region in verschiedener Wichtung aber doch einheitlich auf:

- *Mangel an Loyalität*

Die letzten zwei bis drei Generationen haben den Begriff Staat als eine feindliche Erscheinung erlebt. Er war diktatorisch, er war feindlich, er hat einem alles weggenommen und die Freiheit geraubt. Die einzige Möglichkeit auszuweichen war, bestimmte Überlebenstechniken zu entwickeln: d.h. kuschen, klauen, sich anpassen, einen Paravent vor das Privatleben zu ziehen. Statt Mittelstand gab es korrupte Bürokratie, das Beamtentum. Egal, wie man es sich (privat) gedacht hat: Es blieben die Hierarchie und der Zwang, sich einzufügen. Erfolg war nur mit Verstellung möglich, nur durch vertikale

Anpassung. Demokratie gab es nicht, also funktionierte horizontal nichts. So sah das allgemeine Erleben in dieser Gesellschaft aus. Dies alles führte zu bedingten Reflexen. Staat und Heimat gingen in diesem Gefüge unter.

-Mangel an Solidarität.

Gleiche gesellschaftliche Stellung hieß in diesen Staaten nicht gleiche Leistung. Karriere hieß politische Korruption, Abstoßen der anderen, vertikaler Filz. Das Gleiche galt für die finanziellen Erfolge. Jeder war der potentielle Feind des anderen, da es nur begrenzt Plätze unter der Sonne gab. Kollektive Rechte und Wege zum gemeinsamen Vorankommen gab es nicht. Die gesellschaftliche Erfahrung hieß: Jeder für sich, jeder gegen alle.

Diese Erfahrung ist seit der Wende nirgends allgemein geändert - die gewohnten Reflexe starben nicht ab. Die ostmitteleuropäischen Gesellschaften haben zwar kurzfristig gelernt, Regierungen zu wählen, haben aber nicht gelernt, Regierungen, die ihre Aufgaben nicht erfüllen, zu stürzen und immer auf die Durchsetzung gemeinsamer Interessen zu pochen. So ist es zu verstehen, daß die slowakischen und siebenbürgischen Städte, die z.B. an der Karpato-Theiß-Region existenziell so heftig interessiert waren, ihren Willen nicht gegen die Politik durchsetzen konnten.

-Mangel an zivilen Traditionen.

Da in den Ländern jahrzehntelang alle gesellschaftlichen Initiativen streng verboten waren und teils bis heute sind, wachen die Bürger der Region noch nicht auf, und so kommen Interessengemeinschaften kaum zustande. Daher ist es nicht verwunderlich, daß in manchen östlichen Staaten nur staatliche Interessen berücksichtigt sind. Staatlich heißt oft bis heute: neolinke Filzgemeinschaften. Solange die Interessen verschiedener Schichten und Gruppen nicht klar definiert, diese Gruppierungen nicht gut organisiert sind, werden diese Interessen nicht artikuliert und erlangen kein zwingendes Gewicht im Staate.

Die Zusammenarbeit hat jedoch in Ostmitteleuropa gleichwohl überall eine Zukunft, denn - trotz schwacher Solidarität, Loyalität, schwachem Demokratieverständnis und geschwächten Traditionen - die Wirtschaft, der wirtschaftliche Aufschwung ist der Punkt, in dem sich die Interessen aller treffen. In den rückständigeren Ländern Ostmitteleuropas gibt es manischen Ethno- und Politikzentrismus. Diese "Krankheiten" kann man nur mit wirtschaftlicher Zusammenarbeit, mit dem bescheidenen, greifbaren Anstieg des Lebensstandards umgehen. Man kann politische und nationalistische Hexenjagden erfolgreich bekämpfen, wenn die tagtägliche menschliche Zusammenarbeit aus Phantomen verbündeter Menschen natürliche Partner macht.

Mit solchen konsequenten Versuchen und Bestrebungen kommt sicher auch einmal die Politik zur Einsicht, oder sie wird dazu gezwungen: Es gibt lohnende, gemeinsame Wege, und die greifbaren Interessen der Menschen werden die gezüchteten Vorurteile überwinden. Nur auf diesem Wege kann man anstelle eines ständigen Wiederkäuens alter Spannungen neue Themen fokussieren. Das Modell dieses neuen Denkens sollte das des deutsch-französischen wirtschaftlichen und bürgerlichen Ausgleichs sein.

Ostmitteleuropa braucht keine Wirtschaftshilfe. Hier gibt es genügend vorteilhafte Investitionsmöglichkeiten, kreative Fähigkeiten und aufgestauten Tatendrang, Elemente, die zur mentalen und wirtschaftlichen Erweiterung Europas für alle Europäer beitragen. Ostmitteleuropa braucht zivile und demokratische Unterstützung, ein klares Zugehörigkeitsgefühl, bürgerliche Entwicklung und rationale Modelle. Das ist die eindeutige Aufgabe der EU-Mitglieder und nicht die, nach verschiedenen kleinlichen Rechnereien jeden Monat mit verschiedenen falschen Beitrittsversprechungen gegen die grundlegenden Interessen des ganzen Kontinents zu wirken.

Gyula Kurucz

Dieser Beitrag wurde der Broschüre "Ettersburger Gespräche - Leistungen und Grenzen föderaler Ordnungsmodelle", herausgegeben vom Thüringer Ministerium für Bundesangelegenheiten in der Staatskanzlei und dem Kuratorium Schloß Ettersburg, Weimar entnommen. Die Publikation faßt die Beiträge der VII. Ettersburger Gespräche, die im Juni 1996 stattgefunden haben, zusammen.

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft 44/45 1997,
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>